



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 251 (S. 255/257): Wohnraumakquise durch Kooperation – Aufstockung um eine überplanmäßige Stelle (SPD)

Antrag Nr. 252 (S. 255/257): Wohnungslosenhilfe – Zwei weitere Planstellen für die Wohnraumakquise schaffen (KULT)

Antrag Nr. 253 (S. 255/257): Wohnraumakquise (AfD)

Einmal geht es um eine Stellenschaffung um eine und einmal um eine Stellenschaffung um zwei und zum Dritten geht es um eine Reduzierung dieser Thematik.

Stadträtin Melchien (SPD): Das Karlsruher Modell einer Wohnraumakquise hat sich in den vergangenen Jahren mehr als bewährt. Es wird mittlerweile auch sehr interessiert in anderen Kommunen wahrgenommen. Verwunderlich ist dies nicht, wird durch diese kreative und intelligente Art des Verwaltungshandelns eine Situation geschaffen, bei der es nur Gewinner gibt, in erster Linie Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen. Es geht um Menschen in extrem schwierigen Lebenssituationen, die – gäbe es dieses fantastische Projekt in unserer Stadt nicht – anderweitig obdachlos rechtlich untergebracht werden müssten, mit oftmals leider tiefgreifenden Folgen für alle Aspekte ihres Lebens.

Lassen Sie es mich deutlich machen: Die Möglichkeit, nicht stigmatisiert wohnen zu können, d. h. in der Mitte der Gesellschaft mit Nachbarn und nach Bedarf sozialarbeiterisch begleitet, ist eine grundlegende Voraussetzung, dass diese Menschen ihre schwierige Lebenssituation überwinden und wieder Anschluss finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufstockung des bisherigen Stellenanteils um zunächst eine Stelle ist notwendig, wenn es uns gelingen soll, weitere Wohnungen akquirieren zu können. Gelder, die wir hier einstellen, sind – wie betont – nicht nur aus sozialer, sondern auch aus ökonomischer Perspektive gut investierte Gelder, gerade auch im Hinblick auf gestiegene Zahlen von Obdachlosen, die seit dem letzten Jahr auf sehr hohem Niveau konstant sind. Ich will Ihnen kurz einen Vergleich geben: Als ich in den Gemeinderat gekommen bin, hatten wir noch ungefähr die Hälfte der Zahlen, d. h., die Zahlen haben

sich fast verdoppelt, seit ich dabei bin. Gut, ich bin jetzt auch schon eine Weile dabei, aber es ist trotzdem eine dramatische Steigerung.

Eine Bemerkung zum Antrag der selbsternannten Alternative für Deutschland: Zunächst einmal könnte man die Motivation hinter Ihrem Antrag in einer radikal marktgläubigen Logik vermuten. So geben Sie auch vor, Handeln der öffentlichen Hand mit dem Ziel einschränken zu wollen, um ein Funktionieren des freien Immobilienmarkts abwenden zu wollen. In Wirklichkeit ist Ihr Ansinnen sowohl sozialpolitisch als auch kommunalwirtschaftlich reine Augenwischerei. Mit dem Ziel, sich auf Kosten der Ärmsten in unserer Gesellschaft als harte Ausgabensanierer zu profilieren, das ist unlauter und aus Sicht verantwortungsvoller Kommunalpolitiker auch unverantwortlich.

Alle anderen Kolleginnen und Kollegen bitte ich um ihre Zustimmung.

Stadtrat Braun (KULT): Der Wohnungsmarkt in Karlsruhe ist angespannt. Wohnraum, vor allem bezahlbarer Wohnraum, ist knapp. Mit der Wohnraumakquise können adäquate Wohnungen für diejenigen gefunden werden, die auf dem freien Wohnungsmarkt schlechtere Chancen haben: Menschen mit niedrigem Einkommen, Familien mit vielen Kindern oder Alleinerziehende.

Seit Einführung der Wohnraumakquise durch Kooperation konnten viele Menschen von der Straße geholt und in Wohnungen vermittelt werden. Um dies weiter auszubauen, beantragen wir die Schaffung zweier neuer Planstellen für die Akquise und glauben auch, dass diese notwendig sind, um den Erfolg des Projekts langfristig gewährleisten zu können.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Natürlich ist es günstiger, Leute in Wohnungen unterzubringen als in Hotels, das ist mir auch klar. Ich verstehe auch, wie diese Wohnraumakquise funktioniert. Dass sie ein gutes Instrument ist, Obdachlose von der Straße zu holen, ist auch klar. Das Problem, das wir dabei sehen, ist, dass wir oft von Leuten angesprochen werden, die ein niedriges Einkommen haben – meist Rentner – und sagen, sie fänden keinen Wohnraum, den sie sich leisten können. Wir haben die Vermutung, dass dieser Wohnraum gerade an dieser Stelle durch die Stadt dem Markt entzogen wird. Die Wohnungen, um die es hier geht, sind ja welche auf niedrigem Niveau, auf niedrigem Renovierungsniveau, wo die Vermieter die Wohnungen nicht renovieren wollen, sondern lieber in die Obhut der Stadt geben, und deshalb sehen wir das Problem, dass diese Wohnungen dauerhaft dem Markt entzogen werden. Wir plädieren ja nicht dafür, das Ganze abzuschaffen, sondern wir regen nur an, darüber nachzudecken, ob man das wirklich immer weiter ausbauen muss. Sie müssen bedenken, woher nehmen Sie diese Wohnungen. Die Wohnungen werden dem Markt entzogen.

Es geht nicht darum, der großen Marktwirtschaft das Wort zu reden. Es geht darum, dass wir im niedrigen Preissegment immer weniger Mietwohnungen haben. Dort entnehmen wir die Wohnungen und bringen sie in städtische Obhut. Das war unser Gedankenansatz dabei, und jetzt können Sie weiter auf mich eindreschen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Auch die CDU-Fraktion hat von Anfang an die Wohnraumakquise unterstützt und für sinnvoll und wichtig gehalten. Es ist sicherlich ein Trugschluss zu sagen, das Problem des billigen Wohnraums wird dadurch verschärft, dass wir die Wohnraumakquise haben. Das sind zwei verschiedene Paar Stiefel. Die Wohnraumakquise wird

anders gehandhabt als das, worum wir uns auch kümmern müssen – das ist keine Frage –, billigen Wohnraum auch in dieser Stadt zu schaffen. Darüber sind wir uns in diesem Hause weitgehend einig, dass wir auch an dieses Thema akut herangehen müssen.

Wir haben zunächst gedacht, es reichen die Stellen, wie es auch in der Verwaltungsantwort dargestellt ist, aber wir haben uns noch einmal näher mit der Situation befasst und denken, dass die Situation der Wohnungslosen leider Gottes immer noch am Steigen ist, es aber auch gleichzeitig vermehrt möglich ist, durch Wohnraumakquise Wohnungen zu bekommen, um diese Menschen zu versorgen. Deswegen halten wir es auch für notwendig, dass wir unter Umständen noch eine Stelle brauchen. Wir schlagen deshalb von unserer Seite vor, diese Stelle zu beantragen, aber mit Sperrvermerk zu versehen, falls sie in den nächsten zwei Jahren, die dieser Doppelhaushalt läuft, notwendig wird. Dann könnte man sie aktivieren. Falls sie wider Erwarten – oder hoffentlich – nicht gebraucht wird, können wir es eben stehen lassen.

Wir stimmen also einer Vollzeitstelle zu, aber mit Sperrvermerk.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Die Wohnraumakquise durch Kooperation ist auch der GRÜNE-Fraktion eine wichtige und wertvolle Angelegenheit. Die Wohnraumakquise ist ein wichtiger Faktor geworden, um Menschen, die am Wohnungsmarkt benachteiligt sind, wieder eine Rückkehr in ein normales Leben zu ermöglichen. Wir werden dem Antrag auf eine Vollzeitstelle folgen, wünschen uns aber zuvor eine vertiefte Beratung im Fachausschuss. Deswegen beantragen auch wir einen Sperrvermerk.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Nur eine Anmerkung.

Herr Dr. Schmidt, sie sagten drei- oder viermal, die Wohnungen würden dem Markt entzogen. Was passiert mit den Wohnungen? Dort wohnen dann genau die Menschen, von denen Sie sagen, dass sie Sie ansprechen: die Alleinerziehenden mit Kindern, die keine Wohnungen finden und zum Teil auf der Straße landen, oder Familien und alle möglichen Leute, die in die Wohnungslosigkeit kommen, also auch normale Menschen, die sich einfach die Miete nicht mehr leisten können, und genau die kommen in diese Wohnungen. Das heißt, die Wohnungen werden eigentlich in Ihrem Sinne zugeführt und nicht dem Markt entzogen, wie Sie das sagen.

Stadtrat Wenzel (FW): Jeder kann heute wohnungslos werden, durch Krankheit, durch Alter, durch finanzielle Probleme, und deshalb denke ich, das ist ein Mittel, für Leute Wohnraum zu schaffen. Ich denke, was Dr. Müller gesagt hat – und auch Herr Borner –, wir sollten darüber reden und weitermachen, da kann ich mitgehen. Diesen Weg zu beschränken, wie Herr Dr. Schmidt vorgeschlagen hat, ist absolut falsch, denn es sind gerade die Rentner, die alleinerziehenden Frauen, die Mütter, die wenig Rente haben, die diesen Weg brauchen. Deshalb ist das genau die falsche Einstellung, und deshalb gehe ich den beantragten Weg mit.

Stadtrat Cramer (KULT): Ich verstehe den Stadtrat der AfD nicht. Er ist jetzt über vier Jahre im Gemeinderat, und ich muss ganz ehrlich sagen, da erwarte ich mehr Sachkenntnis. Sie wissen offensichtlich überhaupt nicht, was die Wohnraumakquise ist. Sie brummen hier etwas heraus, was mit der Realität in der Stadt und mit der Wohnraumakquise überhaupt nichts zu tun hat. Die Wohnungen werden dem Markt nicht entzogen, weil die Wohnungen, bevor sie die Wohnraumakquise anfasst, gar nicht auf dem Markt sind. Haben Sie das verstanden? Die sind gar nicht auf dem Markt. Die sind nicht auf dem Markt! Es sind

Räumlichkeiten, die von den Besitzern, den Vermietern der Stadt und der Wohnraumakquise zur Verfügung gestellt werden. Und dann wird geschaut, wie können zusammen mit potenziellen späteren Mietern die Räumlichkeiten umgebaut werden. Da ist es in vielen Fällen so, dass die – wenn sie es leisten können – bei der Renovierung der Räume dabei sind, die dann zu ihrem Wohnraum, zu ihrer Wohnung umgebaut werden. Haben Sie das verstanden? Haben Sie das verstanden, Herr Schmidt? Es wäre mir schon recht, wenn Sie das mitnehmen, wie die Wirklichkeit ist, wie gearbeitet wird. Gut, das ist Arbeit, diese Wohnungen erst einmal zu finden und dann mit den Vermietern Verträge zu machen, mit denen beide Seiten leben können. Dafür braucht man Leute, die das machen, und wir sagen daher, man muss diese Stellen schaffen.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge.

Wir fangen mit dem weitgehendsten Antrag an. Das ist der **Antrag Nr. 253**, der Antrag der AfD, die Wohnraumakquise deutlich zu reduzieren. Ich bitte um Ihr Votum. – Mehrheitlich **abgelehnt**.

Der nächstweitgehende Antrag in der anderen Richtung ist der **Antrag Nr. 252**, der Antrag der KULT-Fraktion, zwei Stellen für die Wohnraumakquise zu schaffen, und auch hierfür bitte ich um Ihr Votum. – Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen jetzt zum **Antrag Nr. 251, dem Antrag der SPD**, eine Vollzeitstelle zu schaffen. Es gab den Vorschlag, diesen Antrag mit einem Sperrvermerk zu versehen und das Geld dann freizugeben, wenn der Nachweis im Fachausschuss erbracht wird. Da einige Kollegen der SPD-Fraktion nicken, nehmen wir das in den Antrag auf, und ich bitte dann um Ihr Votum. – Dieser **Antrag hat eine Mehrheit** bekommen.

(...)